

B90/GRÜNE, H.-W.-KOPF-PLATZ 1, 30159 HANNOVER

An den
Präsidenten des
Niedersächsischen Landtags
Herrn Dinkla

im Hause

Stefan Wenzel

Fraktionsvorsitzender
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel: 0511-3030-3303
Tel: 0511-3030-4201
Fax: 0511-3030-99-3301

stefan.wenzel@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

der Niedersächsische Landtag unterhält partnerschaftliche Beziehungen mit der Gesetzgebenden Versammlung des Permskij Kraj und der Gebietsduma der Region Tjumen. Gemeinsam mit Russland ist die Bundesrepublik Mitglied des Europarates, der sich unter anderem den Einsatz für die Menschenrechte, die Sicherung demokratischer Grundsätze, sowie die Sicherung rechtsstaatlicher Grundprinzipien zum Ziel gesetzt hat.

Vor diesem Hintergrund sehen wir aktuelle Entwicklungen in Russland mit großer Sorge. Die Verurteilung der Sängerinnen der russischen Punkband „Pussy Riot“ zu zwei Jahren Straflager wegen eines politisch nicht genehmen Gebetes in einer Kirche ist völlig unverständlich. Zuvor saßen die drei Frauen bereits sechs Monate in Untersuchungshaft. Ihr „Vergehen“ bestand in einer künstlerischen Provokation, mit der sie die Parteinahme der orthodoxen Kirche in Russland für Präsident Putin kritisierten.

Man muss die Aktion der drei Künstlerinnen nicht gut heißen, aber für jede Demokratin und jeden Demokraten sollte klar sein: Eine Straftat war das nicht und zwei Jahre Straflager sind eine durch nichts zu rechtfertigende Sanktion!

Ich bitte Sie daher, dass Sie als Präsident des Niedersächsischen Landtags den Menschenrechtskommissar des Europarates bitten, in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates eine Stellungnahme zu den Vorgängen in Russland vorzulegen. Besonderes Gewicht bekäme eine solche Initiative, wenn es gelänge hier ein gemeinsames Vorgehen mit der Gesetzgebenden Versammlung des Permskij Kraj und der Gebietsduma der Region Tjumen zu vereinbaren.

Deshalb bitte ich Sie, auch die Gesetzgebende Versammlung des Permskij Kraj und die Gebietsduma der Region Tjumen zur Verteidigung der demokratischen Grund- und Menschenrechte und zur Solidarität mit den Sängerinnen von Pussy Riot aufzufordern.

Ich halte es für notwendig, dass demokratisch verfasste Gesellschaften in solchen Fragen nicht schweigen. Demokratische Grund- und Menschenrechte müssen jederzeit Grundlage partnerschaftlicher Zusammenarbeit in Europa sein. Wo diese Grundsätze verletzt werden, müssen Parlamente ihre Stimme erheben.

Ich würde mich freuen, wenn sie meine Anregung aufgreifen würden. Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Stefan Wenzel,
Fraktionsvorsitzender